



2003/14 Ausland

<https://jungle.world/artikel/2003/14/nachrichten-0>

Nachrichten

<none>

Tödliche Hochzeit

Naher Osten. Die Schulen, Universitäten und Behörden blieben am Dienstag der vergangenen Woche in Damaskus geschlossen, die regierende Ba'ath-Partei unterstützte die Proteste. Von den auf 500 000 geschätzten Teilnehmern der Demonstration gegen den Irakkrieg in der syrischen Hauptstadt wurden nur wenige Porträts Saddam Husseins mitgeführt. Häufiger zu sehen waren Bildnisse des Staatschefs Bashar al-Assad. Auch die ebenfalls von der Regierung organisierte Demonstration in der libyschen Hauptstadt Tripolis brachte mehrere Hunderttausend Menschen auf die Straße.

Während auf beiden Veranstaltungen kein Protest gegen Saddam Hussein zu hören war, forderte man in Teheran nicht nur »Tod Amerika«, sondern auch »Tod Saddam«. Zu der Demonstration nach dem Freitagsgebet hatte die staatliche Islamic Propagation Organisation aufgerufen, Zehntausende beteiligten sich. Der Iran wurde 1980 von irakischen Truppen angegriffen, die in dem folgenden achtjährigen Krieg immer wieder Giftgas einsetzten.

Die Demonstrationen in diesen Ländern entsprachen den Interessen der Regierungen, die sich selbst als potenzielle Opfer künftiger US-Militärinterventionen sehen. Die größten nicht-staatlich organisierten Demonstrationen fanden in Gaza mit 30 000 und im libanesischen Tripoli mit 75 000 Menschen statt. In mehreren arabischen Städten kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die Demonstrationsverbote durchsetzen wollte. Immer wieder wurden auch die arabischen Regierungen kritisiert, die ihrer verbalen Ablehnung des Krieges bislang keine Taten folgen ließen.

Einer von Zogby International durchgeführten Umfrage zufolge glauben nur sechs Prozent der Befragten in sechs arabischen Staaten, dass die USA den Krieg zur Demokratisierung des Irak führen. Vor allem die von arabischen Fernsehsendern weit häufiger als von westlichen Medien gezeigten Bilder ziviler Opfer haben für Empörung gesorgt. Islamistische und nationalistische Oppositionelle sehen aber auch eine Chance, die Proteste für ihre Ziele zu instrumentalisieren. Der gemeinsame Feind USA hat nach Ansicht Abdel Moneim Saids vom ägyptischen Al-Ahram-Zentrum für Strategische Studien

die bislang verfeindeten Lager zusammengebracht: »Jetzt gibt es eine tödliche Hochzeit zwischen islamistischen und nationalistischen Bewegungen.«

Rebellen vor der Hauptstadt

Liberia. Nur noch etwa fünf Kilometer sind die Rebellentruppen der Vereinigten Liberianer für Versöhnung und Demokratie (Lurd) von der Hauptstadt Monrovia entfernt, meldete der britische Guardian am Freitag. Dass in der Stadt bereits Gefechtslärm zu hören ist, wurde von anderen Korrespondenten bestätigt. Obwohl die Stärke der Lurd noch nicht für die Eroberung Monrovias ausreichen dürfte, bringen die nunmehr in drei Landesteilen stattfindenden Kämpfe Präsident Charles Taylor in Bedrängnis.

Taylor beschuldigte die USA und das benachbarte Guinea, seine Regierung durch die Unterstützung der Lurd stürzen zu wollen. Zumindest die US-Regierung aber hat derzeit kein Interesse an der weiteren Destabilisierung Westafrikas, sie setzte allerdings Sanktionen, unter anderem ein Waffenembargo gegen Liberia, durch, weil Taylor Rebellen im benachbarten Sierra Leone unterstützte. Der ehemalige Warlord hatte sich nach dem vorläufigen Sieg über seine Rivalen 1997 zum Präsidenten wählen lassen. Seine Feinde haben sich nun neu formiert. Auch am Konflikt im Nachbarstaat Côte d'Ivoire sind liberianische Milizen beteiligt.

Rebellen in der Hauptstadt

Nepal. Die Guerilleros der Communist Party of Nepal (Maoist) sind bereits in der Hauptstadt angekommen, allerdings als Verhandlungsdelegation. Auf einer Pressekonferenz forderte ihr Koordinator Babu Ram Bhattarai am Freitag ein »neues politisches System« zur Beendigung der seit 1996 andauernden Kämpfe (Jungle World, 26/01). Mitte März hatten die Maoisten erstmals angedeutet, nicht mehr auf der Abschaffung der Monarchie zu bestehen.

»Es gibt zwei Regime und drei politische Kräfte im Land«, erklärte Bhattarai, »den König, politische Parteien und die revolutionären Kommunisten. Nur ein Konsens zwischen allen dreien kann die gegenwärtige Krise beenden.«

Beide Seiten hatten in den Kämpfen schwere Verluste erlitten, ohne eine militärische Entscheidung erzwingen zu können. Im Januar wurde ein Waffenstillstand vereinbart, Anfang März der Austausch von Gefangenen. Offizielle Friedensverhandlungen sollen in dieser Woche beginnen. Auf eine gemeinsame Agenda haben sich die Kontrahenten allerdings noch nicht geeinigt. Die Regierung will zunächst nicht über politische Reformen, sondern nur über eine Entmilitarisierung des Konflikts verhandeln.

War against the smoker

USA. Der amerikanische Feldzug gegen unschuldige Raucher hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Seit Sonntag sind die Bars, Clubs und Restaurants in New York, bis auf wenige Ausnahmen, Nichtraucherzonen. Wer dort dennoch raucht, muss mit empfindlichen Strafen rechnen: das erste Mal 200 bis 400 Dollar, dann 1 000 Dollar, und wer so unvorsichtig ist, sich gar ein drittes Mal erwischen zu lassen, muss 2 000 Dollar hinlegen. Was mit den Rauchern geschehen soll, die auch dann nicht aufhören, in der Öffentlichkeit

ihrem Laster nachzugehen, ist noch unklar.

Damit die Kneipenwirte nicht auf die Idee kommen, das wüste Treiben ihrer Gäste zu decken, kann die Stadtverwaltung ein Lokal nach drei Verstößen innerhalb eines Jahres schließen. Eine heikle Angelegenheit: Es ist sicherlich nicht angenehm, den eigenen Gästen penetrant das Rauchen zu verbieten oder sie bei den Behörden anzuschwärzen. Das Rauchen an nahezu allen öffentlichen Orten, egal ob drinnen oder draußen, ist bereits seit 1995 verboten.